

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphisch: Leipzig, Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72-01

**Inseratenpreise:** Die 10 gelbte Kolonelle 35 Pf., bei Wabwordr. 40 Pf.  
Stellenangebote 10 gelbte Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privatisten die 10 gelbte Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 M. Inzerate v. ausw. die 10 gelbte Kolonelle 40 Pf. bei Wabwordr. 50 Pf., Reklamezeile 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Im Zeichen der „Freundschaft“!

### „Französische Wirtschaftsspionage“

#### Drei Verhaftungen

TU Ludwigshafen, 16. August

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sind kürzlich 3 Angehörige der französischen Geheimpolizei, der sogenannten „Sûreté“ im besetzten Gebiet, verhaftet worden. Die Verhafteten sind drei Angestellte der J. G. Farben-Industrie in Ludwigshafen und zwar der Laborant Frh. Hellmann, der Laborant Richard Müller, beide aus Ludwigshafen und der Techniker Franz Schwarzwälder aus Mannheim. Bei der gleichzeitig in den Wohnungen der Verhafteten vorgenommenen Hausdurchsuchung fiel ein erdrückendes Beweismaterial in die Hände der deutschen Polizei, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß die drei Angestellten im Dienste der französischen „Sûreté“ standen und für die von ihr systematisch betriebene Wirtschaftsspionage in der deutschen chemischen Industrie benutzt wurden. Die französische Wirtschaftsspionage erstreckte sich in der Hauptsache auf das Werk in Ludwigshafen und Oppau der J. G. Farben-Industrie, aber auch auf die Leunawerke in Merseburg. Die Beziehungen der Verhafteten zu dem französischen Spionagedienst reichen bis zum Dezember 1927 zurück. Das Ziel der französischen chemischen Wirtschaftsspionage war darauf gerichtet, neue wichtige und erfolgversprechende Betriebsgeheimnisse auf Gebieten, die für die

deutsche Wirtschaft weittragende Bedeutung haben, und geeignet sind, die deutsche Volkswirtschaft vom Auslande unabhängig zu machen, auszufundstücken und der französischen Industrie auszuliefern. Obwohl es im letzten Augenblick gelang, die Maschinenkästen der „Sûreté“ aufzudecken, konnte leider nicht verhindert werden, daß bereits einige Betriebsgeheimnisse in die Hände der Gegenseite geraten sind.

Zu der Verhaftung können noch folgende Einzelheiten mitgeteilt werden: Die Auftraggeber der verhafteten Agenten sind der kommandierende Chef, der Chefinspekteur und einige Inspektoren der französischen Geheimpolizei. Diese wurden sachmännlich angeleitet und unterstützt von einer Persönlichkeit, die ihre Bureaus in Paris hat. Die Befehlshaber der Agenten für ihre Spionagetätigkeit richtet sich nach dem Ergebnis der Prüfung. Aus Aufzeichnungen der Sûreté-Beamten gegenüber den verhafteten Agenten geht hervor, daß der sachmännliche Leiter der Wirtschaftsspionage an gewissen zentralen Stellen in Paris ein und aus geht. Die Sûreté-Beamten gehen bei der Anwerbung ihrer Agenten und Helfershelfer ohne alle Scheu im Vertrauen darauf, daß sie als Mitglieder der Befehlshaberarmee dem Zugriff der deutschen Justiz entzogen sind, vor.

Durch die Aufdeckung der Spionage in den Werken Ludwigshafen und Oppau in der J. G. Farben-Industrie ist einwandfrei festgestellt, daß das französische amtliche Spionagewesen über ganz Deutschland ausgebreitet ist.

## Der Panzerkrieg der Gegner

Wir haben in den letzten Tagen Stimmen aus der harten Protestbewegung wiedergegeben, die gegen den Beschluß, den Panzerkreuzer zu bauen, spontan entstanden ist. Beiwieitem nicht alle; noch immer werden von Parteiorganisationen Entschlüsse gefaßt, in denen die Empörung über die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Ausdruck kommt. Sie spiegeln nur die Stimmung wider, die heute ganz allgemein in der Arbeiterschaft und vor allem unter den sozialdemokratischen Funktionären vorhanden ist. Nicht nur in jenen Gegenden, in denen die Opposition gegen die sich gelegentlich zu stark an die bürgerlichen Parteien anlehende Politik von jeher zu Hause ist, sondern auch dort, wo die sozialdemokratischen Genossen dem Parteivorstand stets willig gefolgt sind, hat die Stellungnahme der Minister in diesem Falle wie eine Bombe eingeschlagen. Wahrscheinlich haben die sozialdemokratischen Minister — der Reichsanwalt Hermann Müller ist ja auch noch Parteivorstand — eine solche Wirkung nicht erwartet. Daß die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau sie doch ausgelöst hat, das zeigt, daß man den sozialdemokratischen Arbeitern zwar vieles, sehr vieles zumuten kann, aber doch nicht zu viel. Und das offene Eintreten für den Panzerkreuzer ist unerträglich für die Arbeiter und unerträglich für die gesamte sozialistische Bewegung.

Der Sturm im Lande konnte nicht durch die Rechtfertigungserklärungen abgewehrt werden, die erst durch den sozialdemokratischen Pressedienst und dann offiziell von der Reichsregierung herausgegeben wurden. Beide Erklärungen enthalten so viel Falsches, daß sie auf die Arbeiterschaft ohne jede Wirkung geblieben sind. Es muß sehr schlecht um die Argumente der vier Genossen in der Reichsregierung bestellt sein, wenn sie jetzt der Partei einreden wollen, daß es für sie gar keine andere Möglichkeit gegeben hätte, als die, dem Panzerkreuzer keine Schwierigkeiten zu bereiten. Und ebenso schlimm ist, wenn sich der Vorwärts als Zentralorgan der Partei zum Sekundanten dieser völlig falschen Auffassung degradiert und versichert, daß der bisherige Glaube, als sei die endgültige Entscheidung für den Bau in die Hände des neuen Kabinetts und des neuen Reichstags gelegt, sich als falsch herausgestellt habe. Merkt denn der Vorwärts gar nicht, wie er mit solchen Schreibern die eigene Fraktionsführung und die Mitglieder der preussischen Regierung, auf deren Initiative der Reichsrat seinerzeit den Einspruch gegen den Panzerkreuzer erhob, fast zu Trotteln herabwürdigt, die nicht wissen, was in den Beschlüssen steht, die unter ihrer eigenen Mitwirkung zustandekamen? Die in Frage kommenden Genossen sollten sich gegen eine solche Darstellung selbst wehren. Falsch ist nicht jener Glaube, sondern falsch ist, was der Vorwärts jetzt schreibt. Die Reichsregierung hatte die Möglichkeit, wegen des Baues des Panzerkreuzers erneut an den Reichstag heranzugehen. Daß die neun Millionen in dem Etat des Jahres 1928 stehen, verpflichtet das Kabinett nicht, diese Summe auch auszugeben. Es kann den Reichstag um die Herabsetzung eines Beschlusses bitten, diese Position im Etat nachträglich einzusparen. Statt dessen werden jetzt die ersten neun Millionen in das Wasser geworfen, für ein Marinenauprogramm, das insgesamt 500 Millionen Mark verschlingen wird.

Aber diese etat- und formalrechtlichen Gründe können für die Haltung der sozialdemokratischen Minister und noch weniger für die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei nicht ausschlaggebend sein. Sie muß die allgemein politische und grundsätzliche Bedeutung würdigen, die dem Bau des Panzerkreuzers zukommt. Im alten Reichstag und im Wahlkampf hat die Sozialdemokratie ihre ablehnende Haltung scharf zum Ausdruck gebracht. Weiß sie nicht für die Aufrüstung, sondern für Abrüstung ist, deswegen kämpfte sie gegen den Panzerkreuzer. Und ihre Stellungnahme konnte sie vor den Wählern in so glänzender und erfolgreicher Weise damit rechtfertigen, daß sie in ihren Aufrufen und auf ihren Plakaten bildlich darstellte, wie die Panzerkreuzeranwärter wohl Millionen für neue Kriegsvorbereitungen übrig haben, aber keinen Pfennig für die Ernährung hungernder Kinder. Wer will bestritten, daß der sozialdemokratischen Partei dieser so plastisch hervortretende Gegensatz erheblich zu ihrem großen Erfolg am 20. Mai verholfen hat? Das Zentrum, das zu den Panzerkreuzeranhängern schon im alten Reichstag gehörte, hat Hunderttausende von Arbeiterwählern verloren. Es ist ihm jetzt leicht gemacht, sie zurückzuholen, nachdem die sozialdemokratischen Minister das gleiche getan haben, weswegen sich so viele Arbeiterwähler vom Zentrum losgelöst hatten. Wenn diese mehr taktischen Erwägungen für die sozialdemokratischen Minister nicht ausreichend genug waren, um sie zu einer anderen Haltung zu veranlassen, so sollten es die grundsätzlichen Verpflichtungen sein, denen sie solange unterliegen, solange sie im Auftrage der sozialdemokratischen Partei das Amt eines Ministers ausüben. Da mußten sie wissen, daß Sozialdemokraten nie ihre Zustimmung zur Aufrüstung des neuen deutschen Imperialismus geben können, da mußten sie weiter wissen, daß gerade an dem gleichen Tage, an dem sie ihre empörende Stellung bezogen, die sozialistische Internationale in Brüssel alle ihr angeschlossenen Parteien verpflichtete, mit allen Kräften für die Abrüstung zu wirken. Nun sie aber alles in den Wind geschlagen und die Partei einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt haben, muß die Partei sprechen:

## Kriegserklärung eines Sowjetstaates

WTB London, 17. August.

Der Korrespondent der Morning Post in Chargin meldet vom 16. August: Die äußere (Sowjet)Mongolei hat dem Staat Barga den Krieg erklärt. Ein von Urga, der Hauptstadt der Sowjetmongolei, gefandenes Ultimatum, in dem ein Wiederausgleich verlangt wurde, ist von dem Herrscher von Barga, dem Fürsten Gulju, abgelehnt worden. Eine starke Abteilung mongolischer Kavallerie, die von Russen ausgebildet wurde, hat, einer Meldung zufolge, die Grenze überschritten. Die Chinesen senden in Eile Truppen in der Richtung auf Hailar. Automobile sind für militärische Zwecke mit Beschlag belegt worden. Die chinesische Ostbahn und japanische Bergbau- und Holzinteressen sind in Mitleidenschaft gezogen. Mongolische rote Kavallerie hat die Stationen Unur und Barim an der chinesischen Ostbahn besetzt und die Strecke zerstört. Die telegraphische Verbindung ist unterbrochen. Transsibirische Expresszüge sind vorfristig in Chargin angehalten worden. Morning Post bemerkt dazu, diese Bedrohung Bargas werde möglicherweise eine Wirkung auf die anschließende Mandchurie und somit indirekt auf Japan ausüben, welches wichtige Interessen in dieser Provinz habe.

## Einschränkung des Militarismus

WTB London, 16. August.

Der Beklinger Korrespondent der Times meldet zu der Schlussfolgerung der Kuomintang, daß von ihr auch Vorschläge betreffend Verringerung der militärischen Verwaltung, Einführung eines Rekrutierungssystems und Herabsetzung der Streitkräfte angenommen wurden. Die Ausgaben für das Heer sollen nicht mehr betragen als die Hälfte der Gesamteinnahme des Landes, und die demobilisierten Truppen sollen als Arbeiter Verwendung finden. 26 Mitglieder wurden in den Zentralen Politischen Rat gewählt. Unter ihnen befinden sich fast alle militärischen und zivilen Führer und mehrere andere, von denen bekannt ist, daß ihre Gefinnung kommunistisch ist, falls sie nicht überhaupt Mitglieder der Kommunistischen Partei sind.

## Die Nanjingregierung gibt nach

TU London, 17. August.

Der chinesische Gesandte in Tokio sprach am Donnerstagabend im japanischen Außenministerium vor und erklärte, daß die Nanjingregierung bereit sei, die Mitteilung über die Aufhebung der Verträge mit Japan zurückzuziehen und in ordnungsmäßige Revisionverhandlungen über die Verträge einzutreten. Das bedeutet, daß die Nanjingregierung vor dem starken Druck der japanischen Regierung zurückgewichen ist, nachdem Japan mit „geeigneten Maßnahmen“ gedroht hatte, falls die Zurückziehung nicht erfolgen sollte.

## Deutsche Montagearbeiten in Rußland

TU Wien, 16. August.

Wie die Korrespondenz Herzog meldet, werden von der AG, Berlin, in den nächsten Tagen wieder Maschinen nach Sowjetrußland geliefert werden, wo sie von deutschen Ingenieuren, unter denen sich auch der aus dem Schachtproseß bekannte Ingenieur Otto befinden soll, zur Aufstellung gelangen sollen.

## Partei und Panzerkreuzerbau

### Weitere Proteste aus Sachsen

SPD Dresden, 17. August. (Radio.)

Der Bezirksvorstand Groß-Dresden nahm am Donnerstag eine Entschlieung an, in der es heißt: „Die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zu dem Bau des Panzerkreuzers A ist eine unbegreifliche, mit dem Interesse und der Auffassung der Reichstagsfraktion und der gesamten Partei nicht in Einklang zu bringende Handlung, gegen die entschiedenster Protest eingelegt werden muß. Die Gründe, die parteifremd und halbamtlich von Regierungsseite für das Verhalten der sozialistischen Minister angeführt werden, sind in keiner Weise haltbar, sie kompromittieren die Sozialdemokratische Partei nur noch mehr.“

Der Kabinettsbeschluss zum Panzerkreuzerbau ist um so schärfer zu verurteilen, als die Verbesserung der Krisenlösung sowohl es sich um die versprochene Verlängerung der Unterbringungsdauer von 26 auf 39 Wochen handelt, ausgeht.

Die Versammlung erwartet von der Reichstagsfraktion eine klare Stellungnahme, die eine Mitverantwortung der Partei für die Bewilligung der ersten Rate zum Panzerkreuzer A ausschließt. Gleichzeitig aber ist die Bewilligung der weiteren Raten für den Panzerkreuzer A und die Kreuzer B, C und D zu verhindern. Die Reichstagsfraktion hat sofort die Einberufung des Reichstages zu verlangen, damit eine Entscheidung des Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers gefaßt werden kann. Hält die Mehrheit des Reichstages an dem Bau des Panzerkreuzers fest, so hat die Sozialdemokratie ihre Vertreter aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Wir fordern die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag.

Eine Entschlieung gleichen Inhalts wurde von einer Funktionärerversammlung für den Unterbezirk Groß-Dresden, in der Genosse Aufhäuser referierte, angenommen.

Chemnitz, 16. August.

Zur Baubewilligung des Panzerkreuzers A durch das Reichskabinett hat die Chemnitzer Bezirksleitung der SPD. einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die Bezirksleitung des Bezirkes Chemnitz-Erzgebirge hat mit Entrüstung von dem Abstimmungsergebnis in der Reichsregierung über den Panzerkreuzer-Bau Kenntnis genommen. In der Tatsache, daß selbst die sozialdemokratischen Minister entgegen dem Beschluß der früheren Reichstagsfraktion dem Bau des Panzerkreuzers zugestimmt haben, erblickt die Bezirksleitung eine schwere Schädigung der Partei. Die Partei fordert von den maßgebenden Parteimitgliedern, die Parteigenossen sofort aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Vom Landesarbeitsausschuß Sachsen der SPD fordert die Bezirksleitung die sofortige Einberufung der Landesinstanzen.

## Ente über Trozki

SPD Berlin, 17. August (Radio.)

Die Berliner Volkspost der Sowjetunion demontiert die Meldung, daß sich Trozki in Berlin oder in der Umgebung von Berlin aufhält. Trozki befindet sich nach wie vor in Mittelasien, also in der Verbannung.